Rechtlicher Hinweis:

Die dargestellten Dokumente dienen zu Informationszwecken und sind kein amtlicher Nachweis!
Planungsrechtliche Auskünfte können nur auf Grundlage der Originale erteilt werden.
Die Daten werden mit der zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben erforderlichen Sorgfalt geführt.
Es wird jedoch keine Gewähr für die Vollständigkeit und Richtigkeit dieser Daten übernommen. Festgestellte Datenfehler sollten möglichst dem Amt für Stadtplanung und Wohnen mitgeteilt werden.

Die Weitergabe der Daten oder eines daraus erstellten Produktes bzw. die Einspeisung in Informationsnetze bedarf einer gesonderten Genehmigung.

ZEICHENERKLÄRUNG

Festsetzungen nach §2 Abs 8 und §9 BBauG und der Planzeichenverordnung vom 30. Juli 1981 BGBl. I S 833

Art der baulichen Nutzung
(§9 Abs 1 Nr 1 BBauG i.V. mit §§1 bis 11 BauNVO)

- WR – Reine Wohngebiete (§3 BauNVO)
- WA – Allgemeine Wohngebiete (§4 BauNVO)
- WB – Besondere Wohngebiete (§4a BauNVO)
- MI – Mischgebiete (§6 BauNVO)
- MK – Kerngebiete (§7 BauNVO)
- GE – Gewerbegebiete (§8 BauNVO)
- GI – Industriegebiete (§9 BauNVO)
- SO – Sonstige Sondergebiete (§11 BauNVO)

Nachrichtlich: überbaubare Grundstücksflächen

Maß der baulichen Nutzung
(§9 Abs 1 Nr 1 BauGB i.V. mit §§ 16 bis 21 BauNVO)

- (GR) GFZ – Geschoßflächenzahl
- GR BMZ – Baumassenzahl
- GFZ GRZ – Grundflächenzahl

Zahl der Vollgeschosse
- II als Höchstgrenze
- III – IV als Mindest- und Höchstgrenze
- (II) zwingend

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen
(§9 Abs 1 Nr 2 BauGB i.V. mit §§ 22 bis 23 BauNVO)

- o offene Bauweise
- E nur Einzelhäuser zulässig
- D nur Doppelhäuser zulässig
- H nur Hausgruppen zulässig
- ED nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
- g geschlossene Bauweise
- Baulinie
- Baugrenze

Flächen für den Gemeinbedarf
(§9 Abs 1 Nr 5 BauGB)

- Flächen für den Gemeinbedarf
- Öffentliche Verwaltungen
- Schule
- Kirchlichen, kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
- Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
- Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
- Sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen

Verkehrsflächen und Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
(§9 Abs 1 Nr 11 BBauG)

- Straßenverkehrsflächen (Öffentlich)
- Straßenbegrenzungslinie (auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung)
- Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (öffentlich)
- Verkehrsberuhigte Zone
- P Öffentliche Parkflächen
- Fußgängerbereich

Flächen für die Versorgung und die Entsorgung
(§9 Abs 1 Nr 12 + 14 BBauGB)

- Flächen für Versorgungsanlagen, für die Versorgung mit Elektrizität
- Gas
- Wasser
- Wasserbehälter
- Abwasser
- Müll

Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen
(§9 Abs 1 Nr 13 BBauGB)

- Versorgung
- Abwasser

Grünflächen
(§9 Abs 1 Nr 15 BBauGB)

- Grünflächen (öffentlich)
- Parkanlage
- Dauerkleingärten
- Spielplatz
- Sportplatz
- Friedhof
- Private Grünflächen
- Dauerkleingärten

Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses
(§9 Abs 1 Nr 16 und Abs 6 BBauGB)

- Wasserflächen
- Hochwasserrückhaltebecken
- Schutzbauten für Gewässer (z.B. Deichanlagen)

Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen
(§9 Abs 1 Nr 17 BBauGB)

- Flächen für Aufschüttungen
- Flächen für Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen

Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft
(§9 Abs 1 Nr 18 BBauGB)

- Flächen für die Landwirtschaft
- Flächen für die Forstwirtschaft

Sonstige Festsetzungen

- Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, Stadt Bochum, zu belastende Flächen (§9 Abs 1 Nr 21 BBauGB)
- Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Anlieger zu belastende Flächen (§9 Abs 1 Nr 21 BBauGB)
- Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Deutschen Bundesbahn zu belastende Flächen (§9 Abs 1 Nr 21 BBauGB)
- Mit Leitungsrechten zugunsten der Stadtwerke zu belastende Flächen (§9 Abs 1 Nr 21 BBauGB)
- Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen (§9 Abs 1 Nr 4 und 22 BBauGB)
- St Stellplätze
- Ga Garagen
- TGa Tiefgaragen
- GSt Gemeinschaftsstellplätze
- GGa Gemeinschaftsgaragen
- GTGa Gemeinschaftsgaragen
- Zuordnung von Gemeinschaftsanlagen zur Bestimmungsfläche
- Umgrenzung der Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind (§9 Abs 1 Nr 10 + 20 BBauGB)
- Umgrenzung der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes (§9 Abs 1 Nr 24 BBauGB)
- Lärmschutzwall
- Schallschutzwand
- Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sowie Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern (§9 Abs 1 Nr 25 BBauGB i.V. mit Landes-Recht)
- Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern
- Anpflanzung von Einzelbäumen
- Erhaltung von Einzelbäumen
- Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern
- Bindung für die Erhaltung von Einzelbäumen
- Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Natur (§9 Abs 1 Nr 20 BBauGB)
- Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind (§9 Abs 1 Nr 26 und Abs 6 BBauGB)
- Aufschüttung
- Abgrabung
- Stützmauer
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung (z.B. von Baugebieten, der Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebietes) (§1 Abs 4 und §9 Abs 3 BauNVO)
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes (§9 Abs 7 BauGB)
- Sanierungsgebiet (§3 Abs 2 und 4 BauGB)
- 1. 2. usw. siehe Festsetzung durch Text
- Vordach zulässig

Nachrichtliche Übernahmen
(§9 Abs 6 BBauGB)

- Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzvorkehrungen im Sinne des Naturschutzrechts
- L Landschaftsschutzgebiet
- Flächen für Bahnanlagen
- Richtfunkstrecke der Deutschen Bundespost mit Schutzbereichen
- Vermutlich geologisch für Kampfmittel

Örtliche Bauvorschriften
(§9 Abs 4 BBauGB)

- 38° Dachneigung
- SD Satteldach
- First- oder Gebäuderichtung
- FD Flachdach

Bemerkung
Der vorliegende Bebauungsplan ist für die Gewährung der Berufung unvorsorglich Sigelsteine wirksam, soweit nicht aufgehoben durch die Bebauungsplan 1. Änderung und Verordnung vom 19. November 1985 (GV. NW. S. 274)

Bestandsangaben

- Wohn- und Geschäftsgebäude
- Nicht- und gewerbliche Gebäude
- Öffentliche Gebäude
- Gebäudeteil
- Hausnummer

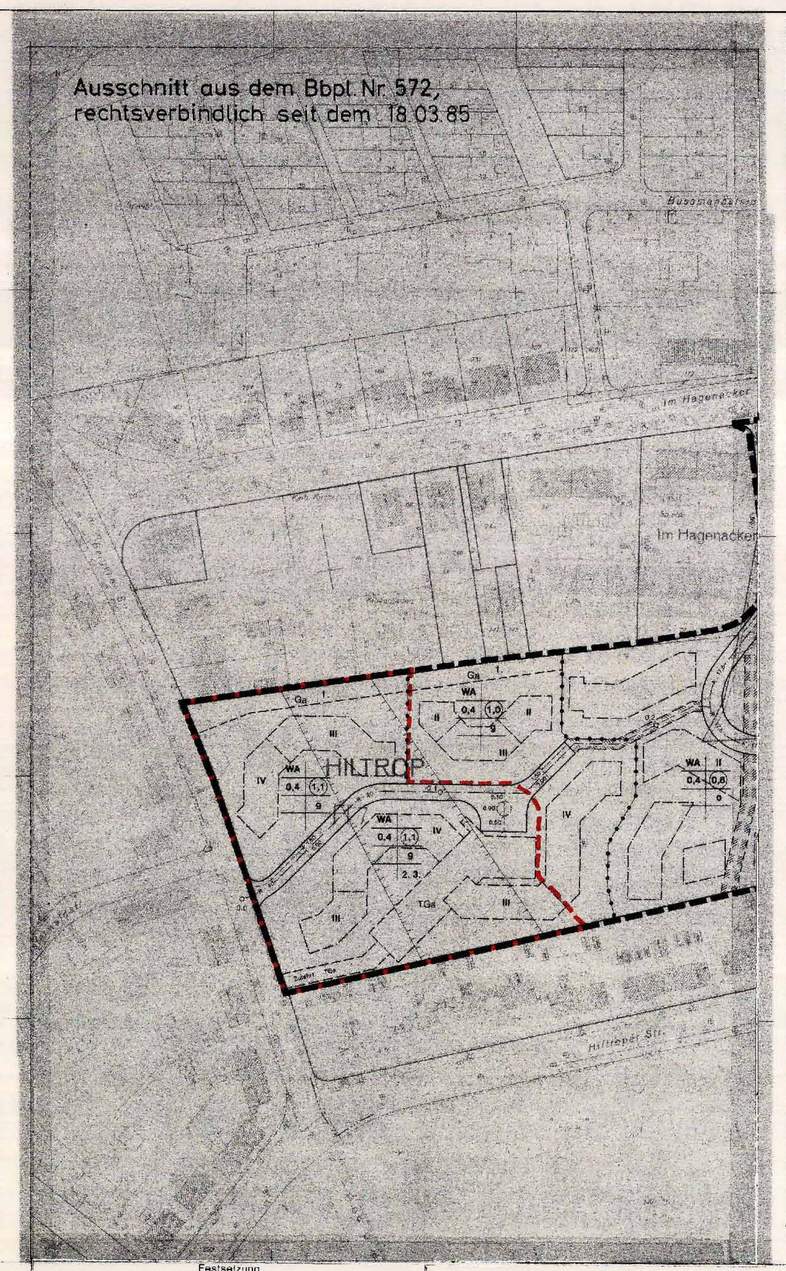
Sonstige Darstellungen

- vorgeschlagene Aufteilungen und Nebenanlagen

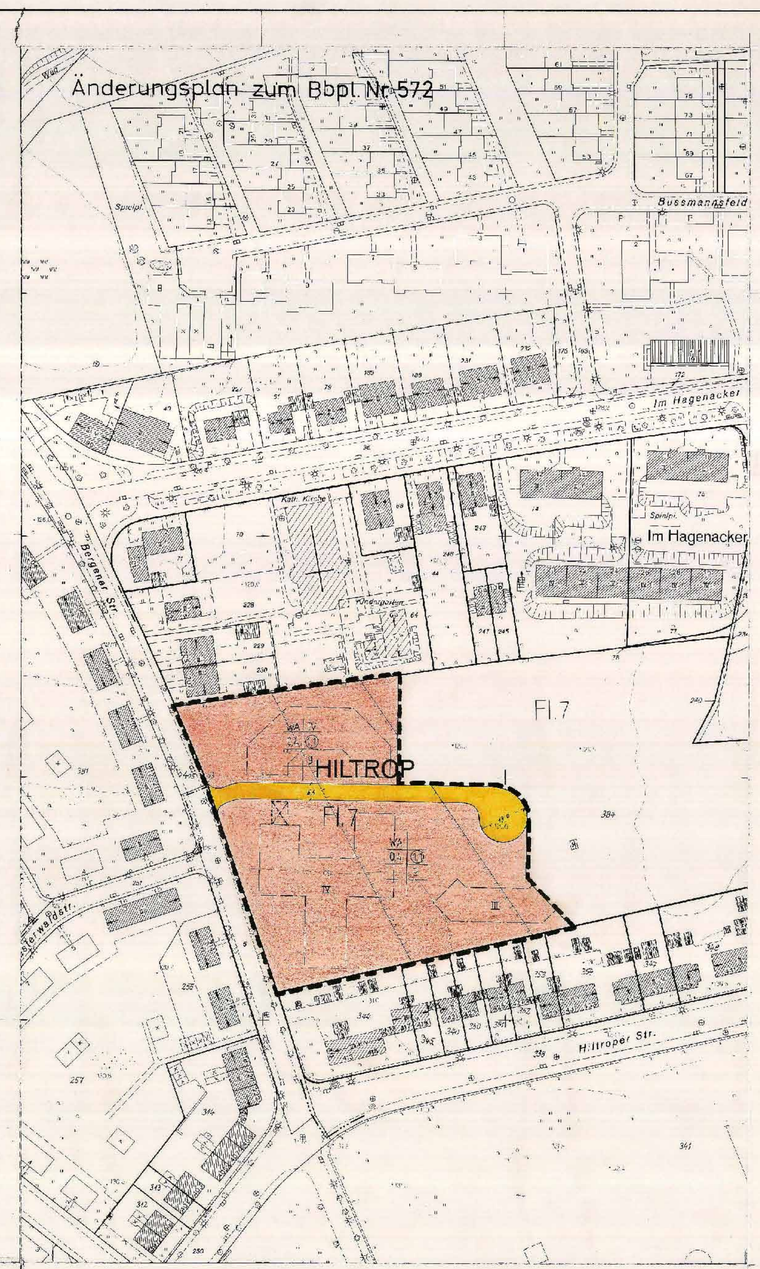
Nutzungsschablone

Baugebiet	Zahl der Vollgeschosse
Grundflächenzahl	Geschoßflächenzahl
Bauweise	Baulinie
Dachform	Dachneigung

Ausschnitt aus dem Bbpl. Nr. 572, rechtsverbindlich seit dem 18.03.85



Änderungsplan zum Bbpl. Nr. 572



Festsetzung

§ 1 Ausschluß von Heizstoffen
Im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes dürfen Kohle, Koks und Heizöl nicht als Brennstoffe verwendet werden.

§ 2 Geologischer Störungsbereich
Vor Beginn der Einzelplanung ist mit dem Bergbau Verbindung aufzunehmen

§ 3 Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen.
Planzeichen 1
Zum Schutz der Bewohner vor Verkehrslärm sind in dem gekennzeichneten Plangebiet nur Garagenanlagen zulässig.
Planzeichen 2.
Zum Schutz der Bewohner vor Verkehrslärm ist die Zufahrtsrampe zur Tiefgarage mit aktiven Lärmschutzmaßnahmen zu versehen.

§ 4 Stellplätze und Garagen
Planzeichen 3
In dem Allgemeinen Wohngebiet ist die zulässige Geschoßfläche (§ 20 BauNVO) um die Flächen notwendiger Garagen, die unterirdisch hergestellt werden zu erhöhen (§ 21 a Abs. 5 BauNVO).

Hinweis

Innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches dieses Bebauungsplanes sind alle bisherigen ortsbaurechtlichen Festsetzungen aufgehoben.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, d. h. Mauerwerk, Einzelfunde, aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Gemeinde und dem Westf. Museum für Archäologie - Amt für Bodendenkmalpflege, Außenstelle Olpe (Tel.: 02761/44470), unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§ 15 und 16 DSchG).

Kennzeichnung

Unter dem Plangebiet ist der Bergbau umgegangen. Auch kann oberflächennaher Abbau durchgeführt worden sein. Es muß damit gerechnet werden, daß bei Erstellung von ingenieurkonstruktiven bauliche Sicherungsmaßnahmen ergriffen werden müssen (§ 9 Abs. 5 BauGB).

Vor Beginn der Einzelplanung ist mit dem Bergbau Verbindung aufzunehmen.

Hinweis

Innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches dieses Bebauungsplanes sind alle bisherigen ortsbaurechtlichen Festsetzungen aufgehoben.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, d. h. Mauerwerk, Einzelfunde, aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Gemeinde und dem Westf. Museum für Archäologie - Amt für Bodendenkmalpflege, Außenstelle Olpe (Tel.: 02761/44470), unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§ 15 und 16 DSchG).

Kennzeichnung

Unter dem Plangebiet ist der Bergbau umgegangen. Auch kann oberflächennaher Abbau durchgeführt worden sein. Es muß damit gerechnet werden, daß bei Erstellung von ingenieurkonstruktiven bauliche Sicherungsmaßnahmen ergriffen werden, müssen (§ 9 Abs. 5 BauGB).

Vor Beginn der Einzelplanung ist mit dem Bergbau Verbindung aufzunehmen.

ZEICHENERKLÄRUNG

Festsetzungen nach §2 Abs 5 und §9 BauGB und der Planzeichenverordnung

Art der baulichen Nutzung
(§9 Abs 1 Nr 1 BauGB i.V. mit §§1 bis 11 BauNVO)

- WR – Reine Wohngebiete (§3 BauNVO)
- WA – Allgemeine Wohngebiete (§4 BauNVO)
- WB – Besondere Wohngebiete (§4a BauNVO)
- MI – Mischgebiete (§6 BauNVO)
- MK – Kerngebiete (§7 BauNVO)
- GE – Gewerbegebiete (§8 BauNVO)
- GI – Industriegebiete (§9 BauNVO)
- SO – Sonstige Sondergebiete (§11 BauNVO)

Nachrichtlich: überbaubare Grundstücksflächen

Maß der baulichen Nutzung
(§9 Abs 1 Nr 1 BauGB i.V. mit §§ 16 bis 21 BauNVO)

- (GR) GFZ – Geschoßflächenzahl
- GR BMZ – Baumassenzahl
- GFZ GRZ – Grundflächenzahl

Zahl der Vollgeschosse
- II als Höchstgrenze
- III – IV als Mindest- und Höchstgrenze
- (II) zwingend

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen
(§9 Abs 1 Nr 2 BauGB i.V. mit §§ 22 bis 23 BauNVO)

- o offene Bauweise
- E nur Einzelhäuser zulässig
- D nur Doppelhäuser zulässig
- H nur Hausgruppen zulässig
- ED nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
- g geschlossene Bauweise
- Baulinie
- Baugrenze

Flächen für den Gemeinbedarf sowie für Sport- und Spielanlagen
(§9 Abs 1 Nr 5 BauGB)

- Flächen für den Gemeinbedarf
- Öffentliche Verwaltungen
- Schule
- Kirchlichen, kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
- Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
- Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
- Sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
- Pool

Verkehrsflächen und Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
(§9 Abs 1 Nr 11 BauGB)

- Straßenverkehrsflächen (öffentlich)
- Straßenbegrenzungslinie (auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung)
- Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (öffentlich)
- Verkehrsberuhigte Zone
- P Öffentliche Parkflächen
- Fußgängerbereich

Flächen für die Versorgung und die Entsorgung
(§9 Abs 1 Nr 12 + 14 BauGB)

- Flächen für Versorgungsanlagen, für die Versorgung mit Elektrizität
- Gas
- Wasser
- Wasserbehälter
- Abwasser
- Müll

Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen
(§9 Abs 1 Nr 13 BauGB)

- Versorgung
- Abwasser

Grünflächen
(§9 Abs 1 Nr 15 BauGB)

- Grünflächen (öffentlich)
- Parkanlage
- Sportplatz
- Spielplatz
- Friedhof
- Private Grünflächen
- Dauerkleingärten

Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses
(§9 Abs 1 Nr 16 und Abs 6 BauGB)

- Wasserflächen
- Hochwasserrückhaltebecken
- Schutzbauten für Gewässer (z.B. Deichanlagen)

Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen
(§9 Abs 1 Nr 17 BauGB)

- Flächen für Aufschüttungen
- Flächen für Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen

Flächen für die Landwirtschaft und Wald
(§9 Abs 1 Nr 18 a BauGB)

- Flächen für die Landwirtschaft
- Waldflächen

Sonstige Festsetzungen

- Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, Stadt Bochum, zu belastende Flächen (§9 Abs 1 Nr 21 BauGB)
- Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Anlieger zu belastende Flächen (§9 Abs 1 Nr 21 BauGB)
- Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Deutschen Bundesbahn zu belastende Flächen (§9 Abs 1 Nr 21 BauGB)
- Mit Leitungsrechten zugunsten der Stadtwerke zu belastende Flächen (§9 Abs 1 Nr 21 BauGB)
- Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen (§9 Abs 1 Nr 4 und 22 BauGB)
- St Stellplätze
- Ga Garagen
- TGa Tiefgaragen
- GSt Gemeinschaftsstellplätze
- GGa Gemeinschaftsgaragen
- GTGa Gemeinschaftsgaragen
- Zuordnung der Gemeinschaftsanlagen zur Bestimmungsfläche
- Umgrenzung der Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind (§9 Abs 1 Nr 10 + 20 BauGB)
- Umgrenzung der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes (§9 Abs 1 Nr 24 BauGB)
- Lärmschutzwall
- Schallschutzwand
- Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sowie Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern (§9 Abs 1 Nr 25 BauGB i.V. mit Landes-Recht)
- Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern
- Anpflanzung von Einzelbäumen
- Bindung für die Erhaltung von Einzelbäumen
- Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Natur (§9 Abs 1 Nr 20 BauGB)
- Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind (§9 Abs 1 Nr 26 und Abs 6 BauGB)
- Aufschüttung
- Abgrabung
- Stützmauer
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung (z.B. von Baugebieten, der Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebietes) (§1 Abs 4 und §9 Abs 3 BauNVO)
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes (§9 Abs 7 BauGB)
- Sanierungsgebiet (§3 Abs 2 und 4 BauGB)
- 1. 2. usw. siehe Festsetzung durch Text
- Vordach zulässig

Nachrichtliche Übernahmen
(§9 Abs 6 BauGB)

- Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzvorkehrungen im Sinne des Naturschutzrechts
- L Landschaftsschutzgebiet
- Flächen für Bahnanlagen
- Richtfunkstrecke der Deutschen Bundespost mit Schutzbereichen
- Vermutlich geologisch für Kampfmittel

Örtliche Bauvorschriften
(§9 Abs 4 BauGB)

- 38° Dachneigung
- SD Satteldach
- First- oder Gebäuderichtung
- FD Flachdach

Bemerkung
Der vorliegende Bebauungsplan ist für die Gewährung der Berufung unvorsorglich Sigelsteine wirksam, soweit nicht aufgehoben durch die Bebauungsplan 1. Änderung und Verordnung vom 19. November 1985 (GV. NW. S. 274)

Bestandsangaben

- Wohn- und Geschäftsgebäude
- Nicht- und gewerbliche Gebäude
- Öffentliche Gebäude
- Gebäudeteil
- Hausnummer

Sonstige Darstellungen

- vorgeschlagene Aufteilungen und Nebenanlagen

Nutzungsschablone

Baugebiet	Zahl der Vollgeschosse
Grundflächenzahl	Geschoßflächenzahl
Bauweise	Baulinie
Dachform	Dachneigung

Stadt Bochum

Bebauungsplan Nr. 572a

1. Änderung des Bbpl. Nr. 572

– Hagenacker –

für ein Gebiet nördlich der Hiltroper Straße, östlich der Bergener Straße, südlich der Straße Im Hagenacker (mit Ausnahme der bereits bebauten Grundstücke) und westlich der Dietrich-Benking-Straße.

Grundrißplan — Maßstab 1:1000

Übersicht Maßstab 1 : 15000

Für die Ausfertigung des Änderungsplanentwurfes
Bochum, den 14. JUNI 1989
Der Oberstadtdirektor
I.V. / I.A.
Baudezernent — Leiter des Planungsamtes

Der Rat der Stadt Bochum hat in der öffentlichen Sitzung am ..... (Tagesordnungspunkt Nr. ....) den Änderungsbeschluß zum Bebauungsplan gefaßt. Der Änderungsbeschluß ist am ..... ortsüblich bekanntgemacht worden.
Bochum, den .....
Der Oberstadtdirektor
I.A.

Die Genehmigung oder Anzeige der Bebauungsplanänderung gemäß § 11 BauGB ist ~~nicht~~ erforderlich. Es den Änderungen und Ergänzungen ~~nicht~~ widersprochen worden ist.
Bochum, den 4. JULI 1989
Der Oberstadtdirektor
I.A.

Der Rat der Stadt Bochum hat in der öffentlichen Sitzung am 15. JUNI 1989 (Tagesordnungspunkt Nr. 1.1.9.) die vorstehende Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.
Bochum, den 6
Oberbürgermeister
Ratsmitglied — Bürgermeister
Stellvertreter

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens ist gemäß § 12 BauGB am 9. OKT. 1989 öffentlich bekanntgemacht worden. Die Bekanntmachung enthält den Hinweis, an welcher Stelle der Bebauungsplan zu jedermanns Einsicht bereitliegt. Mit der Bekanntmachung ist der Bebauungsplan in Kraft getreten.
Bochum, den 10. OKT. 1989
Der Oberstadtdirektor
I.A.

Abkürzungen:
RGBl. – Reichsgesetzbl.
GV. NW. – Gesetzblatt für Nordrhein-Westfalen
SGV. NW. – Sammlung des bereinigten Gesetzblatts für Nordrhein-Westfalen

Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung vom 30. Juli 1981. Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist geometrisch eindeutig.
Bochum, den 28. MAI 1986
Der Oberstadtdirektor
Vermessungs- und Katasteramt
I.A.
gez. Stähre (Siegel)

Der Bebauungsplan besteht aus diesem Grundrißplan.
Bochum, den 14. JUNI 1989
Der Oberstadtdirektor
I.A.

Den Eigentümern der von den Änderungen oder Ergänzungen betroffenen Grundstücke und von den Änderungen oder Ergänzungen berührten Trägern öffentlicher Belange ist in der Zeit vom ..... bis ..... Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden.
Bochum, den .....
Der Oberstadtdirektor
I.A.

Dieser Bebauungsplanentwurf ist mit der Begründung am ..... öffentlich bekanntgemacht worden und hat gemäß § 3 Abs.2 BauGB in der Zeit vom ..... bis ..... einschließlich öffentlich ausgelegen.
Die durch diesen Bebauungsplanentwurf aufzuhebenden oder zu ändernden Bebauungspläne haben gleichzeitig ausgelegen.
Bochum, den .....
Der Oberstadtdirektor
I.A.

Dieser Bebauungsplan ist gemäß § 11 BauGB am 20.2.87 der höheren Verwaltungsbehörde angezeigt worden.
Eine Verletzung von Rechtsvorschriften ist nicht geltend gemacht worden.
Arnsberg, den 22.2.89
Der Regierungspräsident Arnsberg
I.A.
Der Regierungspräsident Arnsberg

Rechtsgrundlagen:
Baugesetzbuch - BauGB - in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBl. I S. 2253), in der jetzt geltenden Fassung (BGBl. III 213-1)
Baunutzungsverordnung - BauNVO - in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.09.1977 (BGBl. I S. 1763), in der jetzt geltenden Fassung (BGBl. III 213-1-2)
Planzeichenverordnung - PlanzV 81 - in der Fassung der Bekanntmachung vom 30.07.1981 (BGBl. I S. 833), in der jetzt geltenden Fassung (BGBl. III 213-1-1-4)
Landesbauordnung - BauO NW - in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.06.1984 (GV. NW. S. 419), in der jetzt geltenden Fassung (SGV. NW. 232)
Bundesimmissionsschutzgesetz - BImSchG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.03.1974 (BGBl. I S. 721), in der jetzt geltenden Fassung (BGBl. III 2129-8)
Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.07.1985 (BGBl. I S. 1586), in der jetzt geltenden Fassung (BGBl. III 2129-8-4-7)
Denkmalschutzgesetz - DSchG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.03.1980 (GV. NW. S. 226), in der jetzt geltenden Fassung (SGV. NW. 224)
Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - GO NW - in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.08.1984 (GV. NW. 1985, S. 475), in der jetzt geltenden Fassung (SGV. NW. 2023)